

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag



# Update aus Berlin

April '23 (II)

## Zeitenwende: Deutschlands Rolle in der Welt

WIE DER UKRAINEKRIEG UNSERE AUSSENPOLITIK VERÄNDERT

**DONNERSTAG,  
04. MAI '23, 17:30  
ROOFTOP LOUNGE TUTTENBROCKSEE  
BECKUM**

MIT MICHAEL MÜLLER, EHEM. REGIERENDER  
BÜRGERMEISTER VON BERLIN, MITGLIED IM  
AUSWÄRTIGEN AUSSCHUSS DES BUNDESTAGES

UND BERNHARD DALDRUP,  
BUNDESTAGSABGEORDNETER FÜR DEN  
KREIS WARENDORF

5. Beckumer  
Seegespräch



**WICHTIGES**  
aus dem Bundestag

**Die neue Tarifzone für den  
Öffentlichen Nahverkehr.**



Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz werden wir den Realitäten endlich gerecht: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir brauchen qualifizierte Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt. Indem wir Hürden im Einwanderungsrecht beseitigen, eröffnen wir Menschen aus Nicht-EU-Ländern künftig deutlich mehr Möglichkeiten, hier zu arbeiten. Künftig soll die Erwerbseinwanderung auf drei Säulen basieren: Qualifikation, Erfahrung und Potenzial. Das ist ein erster Schritt, in den kommenden Monaten werden wir mit besseren Integrationsmöglichkeiten, der Familienzusammenführung und der doppelten Staatsbürgerschaft weitere entscheidende Weichen für eine progressive Migrationspolitik stellen.

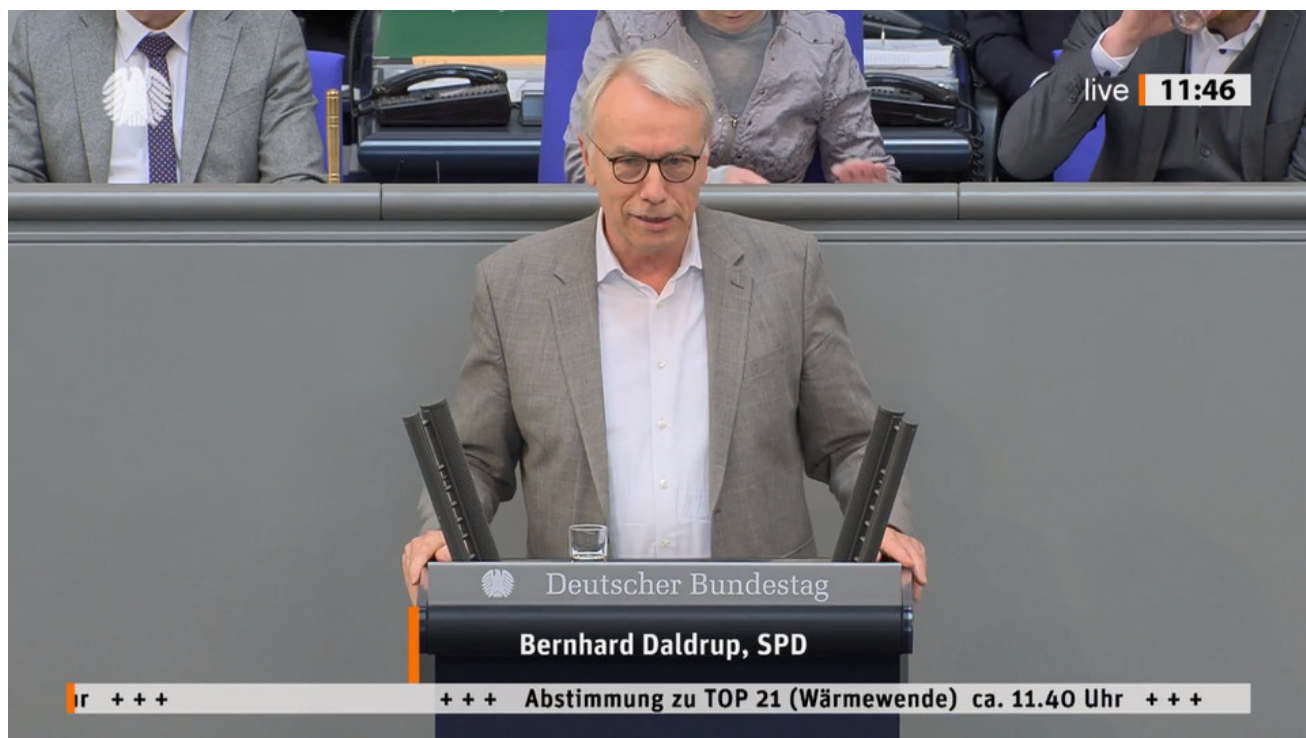
Bernhard Selbny

# Inhalt

Meine Rede zum Antrag der CDU/CSU zur Wärmewende. >>> Girls' Day der SPD-Bundestagsfraktion. >>> Gemeinsam für gute Arbeit und faire Löhne. >>> Ruf nach Entlastung für die Kommunen. >>> Evakuierungen aus dem Sudan durch die Bundeswehr. >>> Leistungsanpassungen in der Pflege. >>> Persönliche Erklärung: Wolfsbestand in Deutschland. >>> Einblicke in die Sitzungswoche.

## Meine Rede zum Antrag CDU/CSU „Wärmewende versorgungssicher, nachhaltig und sozial gestalten“.

Die Wärmewende aus Sicht der CDU: Heute Zwang, morgen wieder Notwendigkeit? Mit ihrem Antrag für eine "versorgungssichere, nachhaltige und soziale Wärmewende" präsentiert die CDU sich heute im Plenum eher wankelmütig, als glaubwürdig. Während ihnen die Sanierungsziele im Entwurf für ein neues Gebäudeenergiegesetz kürzlich noch "zu ambitioniert" waren, fordern sie in ihrem eigenen Antrag ein "ambitioniertes Sanierungsziel". Wie wäre es mit eigenen Ideen?



Bei aller Kontroverse müssen wir aufpassen, dass wir den Konsens in der Klimapolitik nicht verlassen, dass wir das Klimaziele 2045 ernst nehmen und unsere Anstrengungen darauf gerichtet sind, aber das Ziel nicht infrage steht.

So wie die Union, auch andere in der Öffentlichkeit, in letzter Zeit diskutieren, läuft sie Gefahr, dass ihr diese Ernsthaftigkeit verloren geht.

Wenn wir das Ziel ernst nehmen, geht es um Gestaltung, nicht um Verhinderung, dann geht es darum, Glaubwürdigkeit auf dem Weg, dieses Ziel zu erreichen, zu behalten.

Es reicht dann nicht, wenn die Union von der Ampel ein ambitioniertes Sanierungsziel verlangt, die Beschreibung im Gesetzentwurf in Bausch und Bogen kritisiert und gleichzeitig selber kein Ziel konkret benennt. Nicht glaubwürdig!

Nach allen allgemeinen Bekenntnissen zum Klimaschutz beschreibt der Gesetzentwurf zum GEG einen konkreten Ausstiegspfad aus der fossilen Wärmeerzeugung.

Wir bleiben deshalb dabei: Nur, wenn wir auch im Gebäudesektor zeitnah konkrete, wirkungsvolle Maßnahmen ergreifen, können wir die Klimaziele erreichen!

Hier könnt Ihr euch die gesamte Rede nochmal anhören und anschauen.



## Girls' Day der SPD-Bundestagsfraktion.



Zum **Girls' Day** am Donnerstag habe ich hier in Berlin Besuch aus NRW bekommen: **Carlotta Haben** hatte sich bei mir beworben, um den Bundestag und die Arbeit der Abgeordneten kennenlernen zu können.

Zusammen mit anderen jungen Frauen aus hat sie ein interessanten Pro gram erlebt, dass die Bundestagsfraktion zusammengestellt hat und das ihr die politische Arbeit hier, aber auch natürlich auch die dazugehörigen Räumlichkeiten wie den Plenarsaal oder das Reichstags- und die Abgeordnetengebäude näher-

bringen soll. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die Chancengleichheit von Mädchen und Frauen in Ausbildung und Beruf ein zentrales Thema. Von daher ist es für mich auch selbstverständlich, dass wir uns mit einer eigenen Aktion an Girls' Day beteiligt haben und jungen Frauen die Möglichkeit gegeben haben, in die Politik hineinzuschnuppern.



## #GeMA1nsam für gute Arbeit und faire Löhne.

Unter dem Motto „Ungebrochen solidarisch“ rufen die Gewerkschaften zum Tag der Arbeit zu Demos auf. Für bessere Löhne auf die Straße zu gehen, ist aktueller denn je. Für viele Menschen sind die steigenden Preise für Energie und Lebensmittel tagtäglich eine große Herausforderung. Wir sind solidarisch mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften. Die Lohnforderungen und die Streiks sind gerechtfertigt, denn wer höhere Ausgaben hat, braucht auch mehr Geld. Wir erwarten deshalb von der Mindestlohnkommission eine klare Empfehlung für eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die kräftige Rentenerhöhung diesen Sommer.



Die SPD begleitet den Tag der Arbeit mit einer Kampagne unter dem Titel „#GeMA1nsam geht es besser“. Denn gemeinsam mit den Gewerkschaften haben wir erfolgreich für die Gas- und Strompreisbremse gekämpft und Direktzahlungen an Beschäftigte, Rentner:innen und Studierende durchgesetzt. Hartz IV haben wir durch das Bürgergeld ersetzt, das Wohngeld ausgebaut, Mindestlohn und Kindergeld erhöht. Richtig so! Wir stehen an der Seite von Menschen mit kleinem Portemonnaie und wollen, dass sie sicher durch die Krise kommen.

Um die Klimakrise in den Griff zu bekommen, muss unsere Wirtschaft schnell klimaneutral werden. Der Umbau der Industrie darf aber nicht zulasten der Beschäftigten gehen. Klimaschutz und gute Arbeit schließen sich nicht aus. Im Gegenteil: Wenn die Betriebe konsequent auf nachhaltige Produktion setzen, lassen sich unsere Klimaziele erreichen und Arbeitsplätze sichern. Mitbestimmung, Weiterbildung, mehr Tarifbindung – wir sorgen dabei für die richtigen Rahmenbedingungen.

# UNGEBROCHEN SOLIDARISCH



## Ruf nach Entlastung für die Kommunen.

Die Einigung im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes ist ein Erfolg. Die höheren Personalausgaben durch den „teuersten Tarifabschluss aller Zeiten“ werden für die Kommunen jedoch zur Herkulesaufgabe. Deshalb müssen Bund und Länder den Kommunen durch eine Regelung der Altschulden helfen. Zu diesem Thema wurde ich vom **Handelsblatt** befragt. Den gesamten Artikel könnt Ihr auf meiner Homepage lesen.



## Evakuierungen aus dem Sudan durch die Bundeswehr.

Nach dem Militärputsch im Oktober 2021 droht im Sudan nun ein Staatszerfall. Seit über einer Woche liefern sich dort die sudanesisch Armee und die paramilitärische Gruppe „Rapid Support Forces“ (RSF) einen Machtkampf. Hunderte Menschen wurden bereits getötet und weitere Tausende verletzt. Auch internationale Hilfsorganisationen und diplomatische Liegenschaften wurden landesweit angegriffen. Seit einigen Tagen führt die Bundeswehr deshalb von Jordanien aus Evakuierungsflüge durch, um deutsche und europäische Bürger:innen und weitere berechnigte Personen in Sicherheit zu bringen.

In dieser Woche wird der Bundestag auf Antrag der Bundesregierung nachträglich ein entsprechendes Bundeswehrmandat beschließen. Die Eilbedürftigkeit des Einsatzes ließ eine vorherige Mandatierung nicht zu. Sie hätte die Evakuierung verzögert und damit das Leben vieler Menschen gefährdet. Das Mandat umfasst eine Obergrenze von 1.600 Soldat:innen und ist bis zum 31. Mai 2023 befristet.



## Leistungsanpassungen und weniger Eigenanteile in der Pflege.

Auf die steigenden Kosten in der stationären und ambulanten Pflege reagieren wir, indem wir die Pflegeversicherung finanziell stabilisieren und zugleich Leistungen anpassen. Wir entlasten pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen und schaffen die Voraussetzungen für mehr Pflegepersonal.

Konkret ist vorgesehen, das Pflegegeld sowie die Pflegesachleistungen ab 2024 jeweils um fünf Prozent zu erhöhen. 2025 werden diese Leistungen dann erneut um fünf Prozent erhöht, ab 2028 steigen sie entsprechend der Inflation. Wer Angehörige pflegt, kann das Pflegeunterstützungsgeld pro Jahr für bis zu zehn Arbeitstage in Anspruch nehmen. Der Anstieg der Eigenanteile von Pflegebedürftigen in Heimen wird gebremst, indem die Zuschläge von der Pflegekasse ab 2024 auf bis zu 75 Prozent angehoben werden.

In der stationären Pflege wird das sogenannte Personalbemessungsverfahren durch zusätzliche Ausbaustufen beschleunigt. Ein Kompetenzzentrum Digitalisierung und Pflege wird eingerichtet. Das Förderprogramm für digitale und technische Anschaffungen in Pflegeeinrichtungen in Höhe von insgesamt etwa 300 Millionen Euro wird um weitere Fördertatbestände ausgeweitet und bis zum Ende des Jahrzehnts verlängert.

Um die Pflegeversicherung finanziell zu stabilisieren, steigt der Beitragssatz ab Juli 2023 um 0,35 Prozentpunkte an – also von derzeit 3,05 auf 3,4 Prozent des Bruttolohns. Kinderlose zahlen einen Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten. Laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2022 muss der Beitragssatz nach Kinderzahl differenziert werden. Dies setzen wir nun um. Ab dem zweiten Kind sinkt der reguläre Beitragssatz je Kind um 0,25 Prozentpunkte, bis diese 25 Jahre alt sind. Ein Beispiel: Eine Familie mit drei minderjährigen Kindern zahlt dann nur noch 2,90 Prozent, also weniger als bisher. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, zahlen die Eltern wieder dauerhaft 3,4 Prozent – und damit weniger als Kinderlose, für die der Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten gilt.

Im parlamentarischen Verfahren setzen wir uns für Verbesserungen in der häuslichen Versorgung ein, da die Steigerung der Pflegekosten in den letzten Jahren diesen Bereich härter getroffen hat. Anders als in der stationären Pflege gibt es hier keine Eigenanteilsbegrenzung. Derzeit werden 85 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Sie und ihre Angehörigen benötigen mehr Unterstützung, damit diese wichtige Säule in der Versorgung nicht wegbricht.



## **Persönliche Erklärung: Wolfsbestand in Deutschland.**

Ich stimme mit meiner Fraktion der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz zu, die dem Bundestag empfiehlt, den Antrag von CDU/CSU auf Drucksache 20/3690 abzulehnen.

Im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Grüne und FDP haben wir uns eindeutig dafür ausgesprochen, das Zusammenleben von Menschen, Weidetieren und Wolf so zu gestalten, dass möglichst wenige Konflikte auftreten. Hier sehen wir insbesondere für die Weidetierhaltung akuten Handlungsbedarf:

- Wir nehmen die berechtigten Sorgen der Weidetierhalter sehr ernst. Ihnen muss eine wirtschaftliche Zukunft ermöglicht werden. Dies kann nur mit noch effektivem Herdenschutz funktionieren.
- Insbesondere bei der Deich- und Wanderschäferei und in dicht besiedeltem oder touristischem Gebiet muss der Schutz von Menschen und Weidetieren Vorrang haben.
- Angesichts der hohen Dynamik bei der Entwicklung der Wolfspopulation in Deutschland, muss statt des bisherigen sechsjährigen Rhythmus der Evaluation, eine deutlich häufigere Überprüfung des Erhaltungszustandes des Wolfes durchgeführt werden, um entsprechende Maßnahmen zeitnaher durchführen zu können.
- Herdenschutz ist vor allem Ländersache. Der Bund unterstützt die Länder dabei, tragbare und sachgerechte Lösungen für präventive Herdenschutzmaßnahmen zu finden. Unser erklärtes Ziel im Koalitionsvertrag ist es, den Erfahrungsaustausch zu bündeln.
- Wir fordern vor diesem Hintergrund, für jedes Bundesland europarechtskonform ein regional differenziertes Bestandsmanagement zu ermöglichen.
- Eine Voraussetzung für erfolgreichen Herdenschutz sind Maßnahmen des technischen Schutzes, insbesondere entsprechende Zäune. Deren Wirkung kann durch den Einsatz von Herdenschutzhunden noch verstärkt werden. Beide Maßnahmen müssen stärker gefördert werden.
- Die Ausweitung von Präventionsgebieten mit den damit verbundenen Herdenschutzmaßnahmen ist ein sehr wichtiger Faktor.
- Genanalysen an den Rissen zum Nachweis des Wolfes müssen schneller durchgeführt werden. Durch diese Voraussetzung könnten Entschädigungszahlungen schneller erfolgen. Außerdem sollten Folgemaßnahmen bereits nach dem 1. Riss möglich sein.
- Ein effektiver Herdenschutz ist nur mit einer gemeinsamen Strategie von Bund und Ländern möglich. Hier müssen BMUV und BMEL aktiv werden und den im Koalitionsvertrag vereinbarten institutionalisierten „Dialog Weidetierhaltung und Wolf“ endlich etablieren. Die Mittelausstattung des Kompetenzzentrums Weidetierhaltung und Wolf bei der „Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)“ wollen wir ausbauen.
- In Gebirgslagen und an Deichen ist der Herdenschutz wegen des unwegsamen Geländes oder Vorgaben zum Hochwasserschutz eine besondere Herausforderung. Das gemeinsame Forschungsprojekt der Länder Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg muss jetzt rasch ausgewertet und entsprechende Maßnahmen zügig umgesetzt werden.





Fast zehn Jahre arbeiten **Cansel Kiziltepe** und ich im Deutschen Bundestag zusammen. Es war eine tolle Zeit, mit spannenden Themen und guten Ergebnissen unserer politischen Arbeit für das Land und für die SPD. Jetzt wechselt Cansel als Senatorin in den Berliner Senat. Liebe Cansel, ich wünsche dir für deine neue Aufgabe eine glückliche Hand und Fortune für Berlin.



**Elisabeth Kaiser** wird die neue Parlamentarische Staatssekretärin. Eine sehr gute Entscheidung, die ich begrüße und unterstütze. Wir kennen uns seit vielen Jahren: Gemeinsam im Vorstand der AG Kommunalpolitik, gemeinsam im Bau- und Kommunalausschuss der letzten Legislaturperiode, gemeinsame Themen wie bezahlbares Wohnen, Stadtentwicklung, gleichwertige Lebensverhältnisse, aber auch die Förderung der kommunalen Demokratie und Bekämpfung des Rechtsextremismus. Liebe Elisabeth, ich freue mich auf die Zusammenarbeit!



Auf Einladung von der Bundestagskollegin Maja Wallstein habe ich an der Veranstaltung "**Auf ein Glas mit Maja - Was tut die Ampel für die Kommunen**" teilgenommen. Danke für die Einladung!"



Im Gespräch mit dem Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Steinfurt Warendorf **Frank Tischner** ging es das neue Gebäudeenergiegesetz, den Wohnungsbau, BAFA-Ausschreibungen im Rahmen der Energiewende, die hohen Arbeitskosten und die hohe Inflation. Vielen Dank für den Besuch!

